

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei-Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochpreisigen Zeitungsanzeigen außerhalb des Hauptmannschaftsbezirks im amtlichen Teil (amt von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelnummern und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 4

Donnerstag den 5. Januar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Justizministeriums werden von dem unterzeichneten Amtsgerichte im Jahre 1922 folgende

Gerichtstage

abgehalten werden:

In Kreischa:	In Pössendorf:
im Gasthofe zum Erbgericht für die Ortshauptleute: Kreischa, Bärenlaufe mit Raupsch, Gombjen, Lingtwig, Saída und Wittgensdorf:	im oberen Gasthofe für die Ortshauptleute: Pössendorf, Börschen, Wilmsdorf, Hänichen, Kleincarsdorf, Wendischcarsdorf, Quohren und Theisewitz mit Brögen und Kleba:
13. Januar	20. Januar
3. Februar	17. Februar
3. März	17. März
7. April	21. April
5. Mai	19. Mai
2. Juni	16. Juni
7. Juli	21. Juli
4. August	18. August
1. September	15. September
6. Oktober	20. Oktober
3. November	17. November
1. Dezember	8. Dezember

von vormittags 9 Uhr an.

Nach der Verordnung des Justizministeriums vom 3. Febr. 1910 können Sachen aller Art der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit auf den Gerichtstagen erledigt werden. Ausgenommen sind nur solche Sachen, deren Erledigung außerhalb des Gerichtstages höhere Kosten oder stärkere Belastung der Beteiligten verursachen würde, oder die zu zeitraubend sind, sowie Hauptverhandlungen in Strafsachen und öffentliche Verhandlungen in streitigen Zivilsachen.

Sachen, die nicht mindestens eine Woche vorher angemeldet sind, haben keinen Anspruch auf Erledigung. Dippoldiswalde, am 31. Dezember 1921.

Das Amtsgericht

Nachdem der XVI. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dippoldiswalde, Erhebung einer Gewerbesteuer betr., Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat, liegt dieser Nachtrag von heute ab 14 Tage lang zur Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 12 aus.

Das Ministerium des Innern hat zu § 1 Ziffer 1 des Nachtrages Bestätigung von § 11 des Gemeindesteuergesetzes erteilt. Das bedeutet, daß der Betrieb der Landwirtschaft auf eigenen Grundstücken ebenfalls der Gewerbesteuer unterliegt. Stadtrat Dippoldiswalde, am 4. Januar 1921.

Verwaltungsbericht der Stadt Dippoldiswalde auf 1921.

(Fortsetzung.)

Die Verwaltung des Wohnungsamtes war mit viel Mühe, Verdruss und Ärger verbunden. Der Vorsitzende, die Mitglieder des Wohnungsausschusses und der die Angelegenheiten bearbeitende Beamte waren manchen persönlichen Anfeindungen ausgesetzt. Dies und das große Opfer an Zeit, das mit der Tätigkeit eines Wohnungsausschusses verbunden ist, waren der Grund für den starken Wechsel in der Zusammensetzung des Ausschusses. Es fanden 11 Sitzungen statt. Großen Schwierigkeiten begegnete die weitere Durchführung der Zivilquartierung. Nur ungern entschloß man sich dazu, aber die stark im Steigen begriffene Zahl der Wohnungsuchenden war dafür ausschlaggebend. Es wurden im laufenden Jahre 7 Zivilquartierungswohnungen geschaffen, im Vorjahre betrug deren Zahl 8. Um dem Bedürfnis auf Einstellung von Möbeln abzuwehren, beschloß die städtischen Körperchaften, die Matratzen im Brauereigrundstück zu mieten. Wider Erwarten haben aber bisher nur zwei Wohnungsuchende von dieser Abstellmöglichkeit Gebrauch gemacht. Die Einbauten in die beschlagnahmten Räume verursachten einen Kostenaufwand von 32 194,42 M. Um der immer fähbarer hervortretenden Wohnungsnot weiter zu steuern, gewährte die Stadt zur Erstellung von Wohnungen Baukostenzuschüsse von zusammen 466 135 M. für 23 Wohnungen. Im ganzen verausgabte die Stadt 1921 für Wohnungszwecke 561 829,42 M. Der Wohnungsbedarf stellte sich am 1. Januar auf 37 Familienwohnungen und 3 einzelne Räume, am 31. Dezember auf 51 bzw. 1. Der Wohnungsbedarf ist somit um 12 gestiegen. Rechnet man die Zahlen der Wohnungsbewerber, die beim Umzug eine andere Wohnung zur Verfügung stellen (7 bzw. 21), ab, so verbleiben 33 bzw. 31 fehlende Wohnungen. Es wäre damit eine Abnahme um 2 Wohnungsuchende zu verzeichnen. Nach Umzug der Siedler in die Kriegersiedlung wird sich der Bestand noch um 8 verringern. Am 1. Januar 1921 befanden sich unter den Wohnungsuchenden 11 Beträttslose, während deren Zahl jetzt 10 beträgt. Im laufenden Jahre wurde der Grundjahrs eingeführt, Beträttslose erst nach Erfüllung des 25. Lebensjahres in die

Liste der Wohnungsuchenden einzutragen. Es wird auch in Zukunft Aufgabe der Stadt sein, soweit es in ihren Kräften steht, zur Behebung der Wohnungsnot die Bautätigkeit zu fördern und zu unterstützen. 2 Fälle sind zu verzeichnen, in denen Familien unberechtigtweise Wohnungen bezogen. Um vorzubeugen, daß sich in Zukunft derartige Fälle wiederholen, sind diese Vergehen der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung angezeigt worden. Von einer Heraussetzung wurde abgesehen, es kam vielmehr in beiden Fällen ein Vergleich zustande.

Die allgemeine Leuerung zwang auch den Stadtrat, Mietzinsserhöhungen in den eigenen Häusern auf der Rabenauer Straße vorzunehmen. Verkauft wurde das ehemalige Koffelische Grundstück an der Altenberger Straße an den Viehhändler Paul Wolf, hier, zum Preise von 55 000 Mark. Nicht unerwähnt möchte ferner bleiben, daß die Stadt unter Uebernahme der entstandenen Kosten auch eine ziemlich durchgreifende Renovation in der baulichen Unterhaltung der von Fräulein Friedrich mit so viel Liebe geleiteten Kinderbewahranstalt durchgeführt hat. Sonst beschäftigten sich noch der Bauausschuß und die städtischen Kollegien mit dem Einbau eines Altertumsmuseums in das Dachgeschoss der sogenannten Alten Wache. Dieses Projekt ist aber mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt vorläufig nicht weiter verfolgt worden, erfordert doch der jetzt in der Ausführung begriffene Umbau bezw. Ausbau des Keller- und Dachgeschosses in unserer Bürger Schule für unsere Handels- und Gewerbeschule sowie die Mädchenfortbildungsschule einen weiteren Kostenaufwand von ungefähr voraussichtlich 200 000 M.

Auf dem Gebiete des Tiefbaues wurden ausgeführt die Umplanung unserer Bahnhofstraße durch den Fiskus, die Anlage eines Zufahrtsweges zum Krankenhaus, die Herstellung der Brücke und Ufermauer am Poetenweg, die Schließung des sogenannten Großen Teiches zwecks Errichtung eines Freibades, die Anlage einer Wasserleitung nach den Siedlungsbäusern am Schwarzbach und einer solchen am Gerberplatz.

Auch über die Entwicklung unseres Wasserwerkes kann nach dem Berichte unseres Bauverwalters, Herrn Stadtrat Baumeister Frick, dem an dieser Stelle für seine jederzeit rührige und uneigennütige Tätigkeit der wärmste Dank ausgesprochen sei, nur Erreutes vorgetragen werden. Da die Ableitungen der Uhren erst nach dem 1. Januar 1922 erfolgen, so kann der Ueberblick nur vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1921 erfolgen. Aus dem Wasserwerk des Langen Grundes sind in dieser Zeit insgesamt 24 642 Kubikmeter Wasser entnommen worden, während die Steinbornleitung in derselben Zeit 60 402 Kubikmeter Wasser geliefert hat, sodas eine Gesamtmenge von 85 044 Kubikmeter von beiden Werken erfolgt ist. Die ersten drei Vierteljahre ist das Wasser für 35 Pf. pro Kubikmeter verkauft worden, im letzten Vierteljahre, also bis 1. Oktober, für 80 Pf. pro Kubikmeter. Die Einnahmen aus dem abgegebenen Wasser zu dem oben angegebenen Preise betragen 31 952,30 M., die Ausgaben 12 232,40 M., einschließlich 6031,— M. für Neubeschaffung von Wasserwerken, die von den Wasserabnehmern wieder zurückzuführen sind. Man kann also damit rechnen, daß die Wasserwerke in dieser Zeit einen Ueberschuß von rund 15 000 M. gebracht haben. Wenn im nächsten Jahre dieselbe Wassermenge verbraucht wird und der Preis mit 80 Pf. pro Kubikmeter bestehen bleibt, so würde mit einer Einnahme von 53 874 M. zu rechnen sein. Als Ausgaben sind dann noch in Anschlag zu bringen die Zuleitung des Wassers für die Schwarzbachsalzhahn-Häuser, für die im diesjährigen Haushaltsplan 11 500 M. vorgesehen sind. Weiter wird zur Verbesserung des Wassers in den Sackleitungen eine Entsauerungsanlage am Langen Grunde, die mit 25- bis 35 000 M. zu veranschlagen ist, herzustellen sein, oder es wird an der Malterer Grenze eine Abwasserleitung, die eine Ueberleitung des Langen-Grund-Wassers in die Steinbornleitung bewerkstelligt, auszuführen sein, wobei dann das Umfassen der beiden Leitungen in der Stadt hinfallig wird und eine Rotation des Wassers der beiden Leitungen möglich ist. Bei dieser Maßnahme würde dann zu gleicher Zeit der Uebelstand beseitigt, daß die hochgelegenen Häuser im Steinbruchgelände, wie zum Beispiel das Windischhaus, auch zur Nachtzeit das Wasser in den oberen Stockwerken entnehmen könnten. Die Kosten für diese Anlage werden ungefähr die gleichen sein, als wie für die Entsauerungsanlage.

Das städtische Elektrizitätswerk bezog im vergangenen Jahre vom Ueberlandstromverband Freiberg 424 280 Kilowattstunden und wurden hierfür 493 611,21 M. aufgewendet. An nutzbaren Strom wurden vom Werk 325 484 Kilowattstunden abgegeben, und zwar 88 314 Kilowattstunden für Licht und 237 170 Kilowattstunden für Kraft. Angeschlossen sind 413 Grundstücke mit 1232 Abnehmern und zwar: 1128 Abnehmer für Licht mit 10 987 Lampen und 84 Abnehmer für Kraft mit 111 Motoren und sonstigen Apparaten. In der Stromzuführung von Lichteren sind 152 Unterbrechungen zu verzeichnen, darunter 18 von längerer Dauer als 1 Stunde. Durch die Fertigstellung und Inbetriebsetzung (am 11. 12. 21) der vertragsmäßigen zweiten Zuleitung von Oberfrauendorf—Elen—Dippoldiswalde erhofft man eine geordnete Stromversorgung der Stadt. Die Strompreise mußten im vergangenen Jahre viermal erhöht werden, um die beträchtlich erhöhten Unkosten zu decken, zum Beispiel wird jetzt an den Ueberlandstromverband Freiberg der 50fache Betrag gegenüber dem Friedenspreis gezahlt. Der Strompreis in der Stadt ist erst um das 10fache erhöht. Um Ersparnisse bei den direkten Betriebskosten (Löhne, Stromverluste, Licht und Feuerung) zu erzielen, ist die Anschaffung eines Gleichrichters beschlossen, der in nächster Zeit geliefert und in Betrieb genommen werden soll.

Mit dem Abschluß des vergangenen Jahres ist auch insofern ein langjähriger Wunsch unserer Stadtgemeinde in Erfüllung gegangen, als nunmehr endlich der Gasbehälterbau der Thüringer Gasgesellschaft hinter unserem Friedhofe seiner Vollendung entgegengeht, sodas mit seiner baldigen Ingebrauchnahme gerechnet werden kann. Leider ist die ständig ansteigende Leuerung und die Kohlenknappheit auch auf diesem Gebiete Veranlassung zu wiederholten Gaspreiserhöhungen gewesen, sodas nach der letzten Festsetzung 2,30 M. für 1 Kubikmeter Gas zu entrichten ist.

Die Ortskohlenstelle Dippoldiswalde (umfassend) die Stadt

Dippoldiswalde und 22 Landgemeinden mit 15 219 Einwohnern) vermittelt an Kohlen, Beihetts usw.: 1920: 144 480 Zentner, 1921: 154 480 Zentner. Der Preis betrug Ende 1920: Steinkohle 18 bis 22,30 M., Beihetts 14 M.; Ende 1921: Steinkohle 37,50 bis 41,50 M., Beihetts 25,50 M.

Der Verkehr bei der Sparkasse war folgender: 5 273 728,54 Mark Einlage in 11 244 Posten, 3 589 654,45 M. Rückzahlungen in 6089 Posten, 1 829 350,— Mark Darlehensausleihungen, 189 917,15 Mark Darlehensrückzahlungen, 505 518,73 Mark Zinseneinnahme, 504 497,65 Mark Bestand des Referendums, 658 (866) neue Bücher, 721 (893) erloschene Bücher, 15 389 laufende Konten. 1920 betrug das Einlegergutbände 15 595 647,21 Mark, 1921 dagegen zirka 17 800 000,— M. Am 31. Dezember wurde das 47 161. Sparkassenbuch angefertigt. Auf Grund der Entschlieung des Säch. Sparkassenverbandes in seiner Hauptversammlung vom 6. 12. 21 und den sich daraus weiter ergebenden Beschlüssen des Sparkassen-Ausschusses und der städtischen Kollegien wurde mit Wirkung für neue Hypothekendarlehen für sofort, für ältere vom 1. 4. 22 ab der Hypothekenzinssatz von 4% auf 5% erhöht, auch die Gebührensatzung für Hinterlegung und Verwaltung von Wertpapieren und den sich daraus ergebenden Verwaltungsgeschäften eingeführt.

Der Aufstiege der Girokassen im Jahre 1921 hat alle Erwartungen übertroffen. Die folgenden Zahlen mögen dies rethfertigen.

	Posten- zahl	Umsatz Januar bis November 1921	Posten- zahl	Umsatz 1920
Verkehr mit Bargeld	17670	M. 46 089 560,11	10216	M. 33 961 781,28
Orts- u. Orts- scheckverkehr	23588	„ 36 600 532,60	12108	„ 23 474 918,56
Fernverkehr	29275	„ 86 575 249,19	17456	„ 64 123 347,06
Dazu kommt der Monat Dezember mit schätzungsweise:				
Verkehr mit Bargeld	1800	M. 7 000 000,—		
Orts- u. Orts- scheckverkehr	2500	„ 3 700 000,—		
Fernverkehr	3300	„ 13 000 000,—		
Gesamtumsatz:	78133	M. 192 965 341,90	39780	M. 121 560 046,90

Das von uns bei der Girozentrale in Dresden unterhaltene Guthaben betrug:

Ende 1920: M. 6 201 913,06. — Ende 1921: M. 69 486 047,01.

Das Gesamtgutbände der Sparkasse belief sich für:

Ende 1920 M. 6 255 774,15 Ende 1921 M. 9 700 000,—

Dazu kommen gewährte Kredite: — „ 800 000,—

mithin: M. 6 255 774,15 Ende 1920 10 500 000,—

Die Kontenzahl ist von 516 Ende 1920 auf 845 Ende 1921 gestiegen.

Nach dem am 28. 11. 20 im Rathauskeller ausgebrochenen Brande, bei dem in der Hauptsache die Stadtkasse in Mitleiden-schaft geraten war, konnte Ende Februar der gegenwärtige Geschäftsraum wieder bezogen werden. Am 1. März erfolgte die Trennung der Steuererinnahme von der Stadtkasse bei gleichzeitiger Anstellung des vorm. Gegenüberführers Weichampel aus Königsheim als Steuerkassierer. Die Stadtkasse hatte in ihrer Tätigkeit auch unter dem wiederholten Personalwechsel zu leiden.

Mit dem 1. April 1921 begann das neue mit dem 31. März 1922 endigende Rechnungsjahr 1921. Das folgende Zahlenmaterial gründet sich mithin nur auf knapp 9 Monate. Bis zum 30. 12. 21 beifferten sich die Gesamteinnahmen bei sämtlichen städtischen Kassen auf 1 507 843 M. 64 Pf., ausschließlich rund 214 500 M. Kassenbestände 1920 und ausschließlich 400 000 M. Anleihemittel.

Die Gesamtausgaben betragen 2 122 328 M. 73 Pf. Die Schulden der Stadt Dippoldiswalde bezifferten sich Ende 1920 auf 1 425 039 M. und werden sich um weitere 800 000 M., also Ende des Rechnungsjahres 1921 auf 2 225 039 M. erhöhen. Zur Aufnahme der jüngsten Anleihe in Höhe von 800 000 M. sind Verhandlungen mit den Sparkassen in Wittgensdorf (Bezirk Chemnitz) und Wechselburg an der Mulde angebahnt worden. 300 000 M. Reben in sicherer Aussicht von der Sparkasse Wittgensdorf, während die 500 000 M. von der Sparkasse Wechselburg noch fraglich sind.

(Schluß folgt.)

Derliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der für Dienstag abend von der Ortskohlenstelle geplante Aufklärungsvortrag über Hausbrand konnte nicht stattfinden, da der Redner, ein Beauftragter des Landeskohlenamtes Dresden, den Zugantritt verpasst hatte. — Seit dem frühen Morgen sind Angestellte der Firma Piegel & Co., Blockengussanstalt, Dresden, auf dem Turm damit beschäftigt, die große Glocke, die uns so manchmal zum Gottesdienst gerufen, manchem Erdenpilger zum letzten Gange gekläut, und die heute vormittag 1/11 Uhr zum letzten Male ihre Stimme ertönen ließ als Abschiedsgruß von der Gemeinde, aus dem Joch herabzunehmen, um dann die Vorbereitungen zum Aufhängen der neuen Glocken treffen zu können. Am Freitag über 8 Tage, 13. Januar, sollen diese eingeholt und am Sonntag, 15. Januar, geweiht werden. Wenn dann zum Aufziehen der Glocken die nötigen Vorkehrungen getroffen worden sind, wird auch die jetzige Glocke herabge-

lassen werden. Sie wird vorher zertrümmert werden müssen, da sie zu groß ist, um durch die Turmfenster gebracht zu werden. Bekanntlich ist der obere achteckige Turmteil erst später und um die damals schon oben hängende Glocke herum gebaut worden.

Die nächste Mutterberatungsstunde des Wohlfahrtsvereins Dippoldiswalde findet morgen Donnerstag den 5. d. M. im Diakoniat statt.

Der Mittwoch den 11. d. M. abends 7/8 Uhr in der Reichstrasse von der Ortsgruppe Dippoldiswalde des Deutschen Offizierbundes veranstaltete öffentliche Vortrag des Generalleutnants a. D. Wahle über Ostafrika im Weltkriege bringt aus berufenem Munde Schilderungen der Ereignisse der unbesiegten Heiden in Deutschlands ehemals blühendster Kolonie. Der Schweizer Herrmann Stegemann schreibt darüber im 4. Bande seiner Geschichte des Krieges: „Die Deutschen führten in den Savannen Ostafrikas unter dem Oberbefehl des Generalmajors v. Lettow-Vorbeck mit 3000 Weissen und 11 000 Askaris einen Tropenfeldzug, der zu den kühnsten, reizvollsten Erscheinungen des Weltkrieges gehört. Von der Heimat geschieden, nur selten von Blodadebrechern mit Vorräten versehen, kämpfte Lettow-Vorbeck vier Jahre unbesiegt gegen insgesamt 300 000 Mann englisch-indischer, südafrikanischer, belgischer und portugiesischer Truppen und stand bis zuletzt unter wehender Flagge im Felde. Ueber den Vortrag siehe Näheres im heutigen Anzeigenteil und an den Plakaten.“

Konfirmandenbeihilfe und Berufsberatung für die Kinder von Kriegsbeschädigten und für Kriegerwaisen. Auch in diesem Jahre wird das Bezirksamt für Kriegerfürsorge besonders bedürftigen Kindern der Kriegsbeschädigten oder Kriegerwaisen, die Eltern 1922 aus der Schule kommen, aus besonderen Mitteln eine Beihilfe gewähren, um ihnen den Uebertritt in das Erwerbsleben, eine Lehrstelle oder höhere Schule zu erleichtern. Gleichzeitig hat das Bezirksamt dafür gesorgt, daß allen in Frage kommenden Kindern bzw. den Eltern und Vormündern eine besondere Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zuteil wird. Die Schulen des Bezirks haben in dankenswerter Weise diese Aufgabe übernommen. Jeder, der glaubt, daß für ein Kind eine besondere Beihilfe oder eine Berufsberatung oder Lehrstellenvermittlung nötig sei, werde sich daher zunächst an den Klassenlehrer. Dieser wird dann dem Bezirksamt Vorschläge machen. Alle Eltern und Vormünder seien noch ganz besonders darauf hingewiesen, wie wichtig die rechtzeitige Wahl des richtigen Berufs und einer guten Lehrstelle für jedes Kind ist. Eine Berufswahl die den Fähigkeiten und wirtschaftlichen Verhältnissen des Kindes entspricht, bewahrt vor späteren Enttäuschungen und Zeit und Geldverlust. Eine Nachlässigkeit rächt sich fast immer. Niemals sei maßgebend für die Berufswahl die Erwägung, ob das Kind sofort einen Verdienst hat oder nicht. Es lohnt sich bei einem befähigten Kinde stets, die Kosten für die Erlernung eines ordentlichen Handwerks aufzuwenden. Eltern, die nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft ihrer Kinder sorgen wollen, werden diese Mahnung wohl beherzigen. Dadurch soll jedoch nicht dem Zugang in die Stadt oder der Ergreifung eines der überfüllten Industrieberufe das Wort geredet werden. Auch die in unserem Bezirk vorherrschende Landwirtschaft bietet Möglichkeiten genug einen ordentlichen Beruf zu erlernen.

In der letzten Sitzung des Kreis Ausschusses Dresden wurden auch verschiedene Besuche um Genehmigung zu Steuervorlagen behandelt. Der Bezirksverband Dippoldiswalde hat die Einführung einer Vergnügungssteuer beschlossen, die auch in der Stadt Dippoldiswalde erhoben werden soll. Die Steuerordnung hat bereits die Genehmigung der Aufsichtsbehörden gefunden. Inzwischen hat aber die Stadt Dippoldiswalde für sich eine Vergnügungssteuerordnung eingereicht, deren Genehmigung in Aussicht gestellt ist. Selbstverständlich muß es zu Unzutraglichkeiten führen, wenn zwei Steuererhebungsberechtigten nebeneinander die gleiche Steuer erheben würden. Zur Vermeidung einer Ueberlastung der Steuerzahler kann der Kreis Ausschuss eine angemessene Grenze festsetzen. Von der Stadt Dippoldiswalde lag nun ein Antrag gemäß § 9 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz vor. Es wurde geltend gemacht, daß die Stadt eine Landwirtschafts- und Handelsschule unterhalte, an der auch der Bezirk teilnehme. Das Krankenhaus der Stadt werde gleichfalls von anderen Bezirksgemeinden benutzt, außerdem sei Dippoldiswalde Station der staatl. Kraftwagenlinie und auch davon habe der Bezirk Nutzen. Vom Bezirk wird dazu erklärt, daß man schon der Konsequenzen wegen der Stadt Dippoldiswalde die Bezirkssteuer nicht genehmigen sollte. Mit denselben Rechten wie Dippoldiswalde könnten dann auch andere Städte und Gemeinden des Bezirks, die ebenfalls Fachschulen besitzen, wie Glashütte, Lauenstein, Altenberg, Kreischa und Schmiedberg eigene Vergnügungssteuern einführen wollen, so daß dann für den Bezirk ein schädiger Rest übrig bleiben würde. Der Bezirk will durchweg 40% des Rohertrages der Steuer an die Gemeinden abführen, die Stadt Dippoldiswalde soll dagegen die Pauschsteuer ganz und von der Kartensteuer 25% erhalten. Die Stadt ist zur Zurückziehung ihrer eigenen Steuerordnung jedoch nur dann bereit, wenn ihr neben der Pauschsteuer 50% der Kartensteuer zustehen. In der Aussprache hierüber stellte man sich fast allgemein auf den Standpunkt, daß man in Beachtung des Selbstverwaltungsrechts nichts gegen die Gemeinden in ihren eigenen Steuerangelegenheiten unternehmen dürfe. Gegen eine Stimme beschloß der Kreis Ausschuss Dresden, daß die Stadt Dippoldiswalde bei Erhebung einer eigenen Vergnügungssteuer 60% für sich behalten darf und nur 40% an den Bezirk abzuführen hat. — Weiter lag noch der 17. Nachtrag zur Gemeindesteuer für die Stadt Dippoldiswalde vor, der die Einführung einer Wohnsteuer zunächst für das laufende Rechnungsjahr vorsieht. Die Steuerhöhe selbst werden als mäßig bezeichnet. Besteuert werden alle Wohnungen im Mietwerte von 250 M. an. Bei Wohnungen bis 1000 M. beträgt die Steuer 24% und bei Wohnungen von über 1000 Mark 30% des Mietwertes. Der Nachtrag wurde genehmigt.

Die „Stern“-Lichtspiele, die ihren Wertags-Spieltag

von Mittwoch auf Donnerstag verlegt haben, werden morgen Donnerstag ein großes fassendes Drama Paolo de Caspado sowie ein Lustspiel vorführen.

Freiberg. Von der 2. Strafkammer des Landgerichts sind der Kaufmann Oskar Hermann Wolf in Kleinölla wegen Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz zu 3000 M. Geldstrafe; der Buchhalter Kurt Georg Reihig in Rabenau wegen Beihilfe dazu zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Heidenau. Große Meinungsverschiedenheit herrscht hier darüber, wann der neue Gemeindevorstand sein Amt übernehmen soll. Der Beschluß des Gemeinderates lautete dahin, daß die Amtszeit des Gemeindevorstandes Binnewerg mit Schluß des Jahres 1921 abläuft und der neugewählte Gemeindevorstand Merse am 1. Januar 1922 sein Amt anzutreten hat. Hierbei ist angenommen worden, daß die Berufung Binnewergs zum Vorstand der vereinigten Gemeinden Mügeln, Heidenau und Gommern nicht als Neuwahl zu gelten hat. Wenn aber die Berufung Binnewergs zum Leiter der vereinigten Gemeinden als Neuwahl tatsächlich anzusehen ist, dann hat Binnewerg sein Amt in Heidenau noch bis 31. März 1926 auszuüben. Das Ministerium des Innern hat in dieser Frage zu entscheiden.

Weißfen. Im Steigerbach eines Tonwerkes bei Löhain beschäftigte Arbeiter stiegen am Freitag abend auf schlagende Wetter. Es folgte eine Explosion, bei der ein Tongraber Verbrennungen davon trug. Die übrigen im Schacht beschäftigten Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Schnitz. Aus Feuerwehrtreffen wird dem „Grenzblatt“ geschrieben: In der vor einigen Tagen stattgefundenen Kontrollversammlung der Pflichtfeuerwehr hatte der Mühlenbesitzer D., erbot über seine Dienstpflicht, sich in ganz ungehöriger Weise über die Tätigkeit der Feuerwehren geäußert und diese ins Lächerliche zu ziehen versucht. Er brauche die Feuerwehr überhaupt nicht. Ein eigenartiger Zufall aber will es, daß in der Nacht zum Montag das Grundstück des betreffenden Herrn derart von dem undrängenden Hochwasser bedrängt wurde, daß man nachts 2 Uhr die Feuerwehr zu Hilfe rufen mußte, die auch, damit nicht auch Unschuldige in Gefahr gerieten, schnell geleistet wurde. So folgte die Strafe dem Vergehen auf dem Fuße. Daß man die uneigennütige und nur im Dienste der Nächstenliebe ausgeübte Tätigkeit der Feuerwehr so herabwürdigt, ist aufs Schärfste zu verurteilen und jeder Einsichtige wird die Wehren gegen solche Verunglimpferungen in Schutz nehmen.

Arnsdorf. Die bisher täglich erscheinende „Nöbberhal-Zeitung“ ist dazu gezwungen worden, am 1. Januar dazu überzugehen, wöchentlich nur noch dreimal zu erscheinen.

Zittau. Ein tragischer Vorfall hat sich hier in der Silvesternacht abgespielt. Ein junger Mann aus Görsdorf i. B., dem der Sturm den Hut vom Kopfe gerissen und in einen Garten getrieben hatte, wurde vom Besitzer des Gartens in den Unterleib geschossen und lebensgefährlich verletzt. Es besteht keine Hoffnung, ihm das Leben zu erhalten. Der Besitzer hat den jungen Mann für einen Einbrecher gehalten.

Leipzig. Die „Sicherheitsbatterie“. — Für 250 000 Mark Heeresgut gestohlen. Besagte Batterie hatte ihr Stabquartier in den Räumen der Kaserne des ehemaligen Feldartillerie-Regiments 77 zu Leipzig aufgeschlagen. Ihren Namen scheinen sehr viele Angehörige des bald wieder verflochtenen Truppenteils mißverstanden zu haben. Anstatt für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, sicherten sie sich für die eigene Tasche einen recht beträchtlichen Teil des auf dem Boden der Kaserne lagernden Heeresgutes. Mäntel, Uniformen, Säcke, Decken, Tornister, Rucksäcke, Strümpfe usw. verschwanden zu Hunderten bei den nächstlichen Raubzügen, die von etwa 50 bis 60 Sicherheitsmännern ausgeführt wurden. Der Gesamtwert des gestohlenen Gutes, das dann im „freien Handel“ auf den Straßen, Plätzen und in Lokalen der Stadt unter das Publikum gebracht wurde, beziffert sich auf etwa 250 000 Mark Friedenswert. 19 Personen hatten sich wegen dieser Angelegenheit vor der 6. Strafkammer zu verantworten. 16 der Angeklagten wurden freigesprochen, da man nicht die richtigen Sicherheitsleute gefaßt hatte. Einer wurde zu einer Woche und zwei zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Begau. Am 30. Dezember besprach die Stadtverordnetenversammlung die erfolgte Bestatung des Bürgermeisters Naumann wegen Falschbeurteilung durchs Chemnitzer Schöffengericht. Gegen die zwei Stimmen der kommunistischen Fraktion wurde beschlossen, erst Stellung zu nehmen nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens. Der Rat hatte in einer vorhergehenden Sitzung einstimmig beschlossen, daß dem Bürgermeister bis zur endgültigen Erledigung das Vertrauen nicht abzuschöpfen sei.

Mittweida. In der Stadtverordneten-Sitzung wurde bekanntgegeben, daß die kürzlich beschlossene Fremdensteuer, gegen die so viel Sturm gelaufen wurde, vom Rat zurückgezogen worden ist. Der Ausfall wird durch die Erhöhung der städtischen Gewerbesteuer um 50 Prozent gedeckt. Die Steuer soll 800 000 Mark einbringen. Weiter genehmigte man einen 25prozentigen Zuschlag zur Landesgewerbesteuer.

Frankenberg. Die Stadt hat zum Weihnachtsfeste an 437 Personen 7165 M. Stiftungszinsen und außerdem noch eine Anzahl Gulscheine für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände verteilt. Das Stiftungsvermögen der Stadt ist im abgelaufenen Jahre von 800 000 M. auf 924 000 M. gestiegen.

Vorbereitungen in Cannes.

Friends Abreise.

Der französische Ministerpräsident Briand ist mit seinen Delegierten nach Cannes abgereist. Wie der „Temps“ mitteilt, werden Briand und Lloyd George in Cannes Vorbereitungen haben. Die offizielle Tagung des Obersten Rates wird am Freitag, den 6. Januar, eröffnet werden. Vor der Abreise Briands haben in Paris eine Reihe von Besprechungen teils offizieller, teils inoffizieller Art stattgefunden, die in erster Linie zum Ziele hatten, die übrigen Alliierten mit den von Briand und Lloyd George

während der Londoner Zusammenkunft ins Auge gefaßten Absichten zu befreunden. Hinsichtlich der von Lloyd George angestrebten Projekte zur wirtschaftlichen Konsolidierung Europas und insbesondere zur Wiederaufbau der Weltwirtschaft ist eine Einigung im wesentlichen gelungen. In der Frage der Reparationen dagegen scheinen die Schwierigkeiten noch keineswegs behoben.

Ein italienischer Vorstoß in Cannes?

In der dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ritti nahestehenden Zeitung „Paese“ wird für die Konferenz von Cannes eine „kräftige persönliche Aktion Bonomis“ angekündigt. Anders als in seiner Stellungnahme zum oberschleifischen Problem will Italien diesmal mit Nachdruck eine für Deutschland erträgliche Lösung der Reparationsfrage anstreben. In unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß der italienische Ministerpräsident aus der bisherigen Reserve herauszutreten beabsichtigt. Diese Schwankung der italienischen Politik ist im wesentlichen auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen. Die Erkenntnis, daß die Frage der Reparationen — seit langem eine Schicksalsfrage Mitteleuropas — auch eine Angelegenheit Italiens sei und daß Wohl und Wehe der italienischen Wirtschaft von ihr abhängen, bricht sich immer mehr Bahn. Die Ankündigung des „Paese“ findet eine formelle Bestätigung in der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er sich zu einer persönlichen Aktion in Cannes rüste.

Sirpis und Bethmann.

Der Großadmiral über seinen Rücktritt.

Im „Grenzboten“ veröffentlicht Großadmiral Tirpitz unter dem Titel „Mein Abschied“ einen Artikel, der die persönlichen und sachlichen Gegenstände beleuchtet, die im Großen Hauptquartier miteinander rangen. Ueber den Zweck des Aufsatzes erklärt der Verfasser, er halte es für notwendig, die Darstellung, welche der verstorbene Kanzler Bethmann-Hollweg in seinen Betrachtungen von den Gründen des Abschiedes des Großadmirals gibt, als völlig unzutreffend und den Tatsachen widersprechend zu bezeichnen.

Tirpitz stellt zunächst fest, daß entgegen der Behauptung Bethmanns die Pressekontrolle bei der Marine gemäß den schon im Frieden erlassenen Mobilisationsbestimmungen nicht dem Marineamt, sondern dem Kommando unterstanden habe. Die Feststellung ist deshalb wichtig, weil ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der seinerzeit den Unwillen des Kaisers erregt hatte, dazu benutzt werden sollte, die ungeschickliche Handhabung der Pressezensur seitens des Marineamtes nachzuweisen und damit den Rücktritt Tirpitz zu erzwingen.

Tirpitz bringt dann noch weitere Beispiele für das gegen ihn infizierte Intrigenpiel und kommt zum Schluß auf die tatsächlichen Gründe für seinen Rücktritt zu sprechen. Seine Krankmeldung vom 8. März 1916 sei erfolgt, als der Admiralstab nach dem Vortrag vom 6. März nach Berlin zurückgekehrt war mit der offiziellen Mitteilung, daß der U-Boot-Krieg endgültig ausgedehnt sei. Durch seine völlige Ausschließung von so wichtigen maritimen Entscheidungen aber, die eine flagranten Verletzung der ihm zustehenden Rechte darstellte, sei das weitere Verbleiben für ihn, Tirpitz, auf seinem Posten unmöglich geworden.

Erlöschen des Eisenbahnerstreiks.

Wiederaufnahme des Personen- und Güterverkehrs.

In Berlin, im Westen und in Schlesien ist der Eisenbahnerstreik am Erlöschen. Die Wiederaufnahme der Arbeit und damit die Besserung der Verkehrsverhältnisse haben weitere Fortschritte gemacht. Allerdings werden sich die Folgen des Streiks noch geraume Zeit bemerkbar machen, denn die Stilllegung des Güterverkehrs im Kohlenzentrum stellt Verkehr und Industrie und damit die gesamte Volkswirtschaft vor Schwierigkeiten von noch ungeahnter Größe. In allen Direktionsbezirken werden in den nächsten Tagen in erster Linie Transporte lebenswichtiger Güter durchgeführt werden. Der Personenverkehr ist wieder aufgenommen.

In den Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium wurden die Ausführungsbestimmungen des am Sonnabend getroffenen Abkommens besprochen, die lediglich technischer Art waren. Die Vorbereitungen für die am 5. Januar beginnenden Verhandlungen, in denen eine grundsätzliche Regelung der Lohnverhältnisse erfolgen soll, sind in vollem Gange. Gleichzeitig sollen bei diesen Verhandlungen auch die Gehälter der Beamten geregelt werden.

Die Leistungen der Nothilfe.

Ueber die Tätigkeit der Technischen Nothilfe in Eisenbahnerstreik wird mitgeteilt, daß in den Direktionsbezirken Dortmund, Elberfeld und Essen in elf Fällen insgesamt über 500 Nothelfer eingesetzt waren, so auf den Bahnhöfen Dortmund-Field 45, Wanne 30, Lünen-Dortmund 80, Vandendree 80, Hagen 70, Schwerte 24, Dortmund 45, Essen 30, Gelsenkirchen 20, Elberfeld 24 und Siegen 60 Mann. Alarmbereits waren außerdem eine große Reihe von Ortsgruppen der Technischen Nothilfe. Die Tätigkeit der Nothilfe bestand im wesentlichen darin, an Stelle der streikenden Eisenbahn- und Werkstättenarbeiter die Lokomotiven für den lebenswichtigen Verkehr zur Uebergabe an die Beamten fahrbereit zu machen sowie notwendige Rangierdienste zu leisten.

Politische Rundschau.

Berlin, 4. Januar 1922.

— Reichskanzler Dr. Brüning hat den Ministern Paetz sowie die Erzbischöfe von Breslau und Köln empfangen.
— Der bisherige Geschäftsträger in Sofia, Mertens, ist zum Gesandten des Deutschen Reiches ernannt worden.
— Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Lana, und drei Attaches der deutschen Botschaft waren bei dem Empfang im Weißen Haus anlässlich des Neujahrstages zugegen.
— Der Stellvertreter des Reichskommissars für das Be-

regre weidet, Winterdirektor Dr. v. Brandt, ist von Koblenz abberufen und in das Reichsfinanzministerium versetzt worden, wo er die Abteilung des Staatssekretärs Dr. Meyer übernahm.

— Vom 1. Januar ab ist die Einfuhrsteuer des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr auch für das besetzte Gebiet in Kraft getreten.

— Zwischen der sächsischen Regierung und der sächsischen Regierung schweben Verhandlungen über einen Austausch der vielen gegenseitigen Enklaven.

— **Vorläufige Zahlung der Steuern.** Die Aufforderung, zur vorläufigen Zahlung der Steuern vorbehaltlich der späteren definitiven Veranlagung Maßnahmen zu treffen, haben mehrere Mitglieder des Reichswirtschaftsrats, u. a. Dr. Hilferding, Heller, Max Cohen, Bernhardt, in Form einer Anfrage an das Reichsfinanzministerium gerichtet. Die Begründung stützt sich in der Hauptsache darauf, daß infolge der verpackten Veranlagung das Reich die geschuldeten Steuerbeträge mit außerordentlicher Verögerung in entwertetem Gelde erhält.

— **Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.** Die Delegierten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen mit Staatssekretär a. D. G. v. Wald an der Spitze sind in Weithen eingetroffen und haben die Beratungen mit den polnischen Delegierten wieder aufgenommen. Der Vorsitzende der Wirtschaftskonferenz, der schweizerische Bundesrat Saloner, wird am 4. Januar in Oberschlesien erwartet. Reichsminister a. D. Schäffer wird voraussichtlich in Breslau mit ihm zusammentreffen und in seinem Sonderzuge die Fahrt nach Oberschlesien fortsetzen. Saloner nimmt auf Schloß Rueda bei Tarnowitz Wohnung.

— **Polnisch-Oberschlesien und die Reparation.** Die polnische Regierung hat sich bereits vor längerer Zeit an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf gewandt, um zu erfahren, ob sich Polnisch-Oberschlesien, also diejenigen Landestteile, die von Oberschlesien an Polen abgetrennt werden müssen, an den deutschen Reparationszahlungen beteiligen müssen. Die der „Daily Telegraph“ jetzt mitteilt, ist die Anteilspflicht Polnisch-Oberschlesiens ausgesprochen worden. Eine Befestigung dieser Meldung muß vorerst abgewartet werden.

— **Reichsbahn-Finanzgesetz und Beamtenbesoldung.** Der Organisationsausschuss, in dem Vertreter der Verwaltung und der Großorganisationen die Neugestaltung der Organisation der Reichsbahn beraten, hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf zum Reichsbahn-Finanzgesetz behandelt und bezüglich des Beamtenbesoldungsproblems den Teil des Beschlusses, der sich dahin ausgesprochen, daß die Notwendigkeit einer selbständigen Betriebsverwaltung auch eine selbständige Gestaltung der Besoldungsbezüge der Reichsbahnbeamten erfordert. Es sei unerlässlich, daß die deutsche Reichsbahn als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen in der Gestaltung der Besoldungsordnung und der Besoldungsbeschlüssen unabhängig von den für die übrigen Staatsverwaltungen erforderlichen Regelungen gemacht würde.

— **Weitere Erhöhung der Entschädigung für Schäden und Geschworene.** Dem Reichsjustizministerium sind in letzter Zeit vielfach Klagen zugegangen, daß die gewährten Entschädigungen von 50 Mark pro Tag und Nacht namentlich an Geschworene bei längerer Tagungsdauer für die Betroffenen eine schwere finanzielle Schädigung bedeuten, da z. B. für 20 Mark kein Hotelzimmer zu erhalten ist. Das Ministerium hat die Klagen als berechtigt anerkannt und will die Entschädigungen auf 75 Mark erhöhen.

— **Neue Entente-Kommissionen in München.** Von Beginn des neuen Jahres ab nehmen neue Entente-Kommissionen in München ihren Sitz, so eine aus acht Offizieren bestehende Kommission mit Hilfspersonal zur Nachforschung nach englischen Vermissten, ferner eine französische Kommission, deren Aufgabe auf dem gleichen Gebiete liegt. Außerdem hat diese Kommission Nachschau zu halten, daß keine französischen Gefangenen in Deutschland zurückgehalten werden.

— **Das Optionsrecht der Danziger.** Der amtliche „Preussische Pressedienst“ weist darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Deutsch-Danziger Optionsvertrages diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Gebiet der jetzigen Freien Stadt Danzig hatten, mit diesem Tage die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, gleichviel, wann sie sich in diesem Gebiet niedergelassen hatten. Unter diesen Voraussetzungen haben auch die am 10. Januar 1920 dort wohnhaften Beamten die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig erworben. Die Personen, die danach die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben, können — vom Falle der Wiedereinbürgerung abgesehen — die deutsche Reichsangehörigkeit dadurch wieder erwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zuständig für die Entgegennahme der Optionserklärungen auf Grund des Deutsch-Danziger Optionsvertrages sind in den Stadtkreisen die Disziplinbehörden und in Landkreisen der Landrat. Ueber die näheren Bestimmungen haben die erwähnten Behörden Auskunft zu erteilen. Die für Deutschland optionsberechtigten Danziger Staatsangehörigen werden bei ihrer Entschädigung in Betracht zu ziehen haben, daß sie innerhalb von 12 Monaten nach Abgabe der Optionserklärung ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen.

— **Der Reichsverweser Dr. Brüning hat den Grafen Radislaus Szachni mit der Leitung der ungarischen Gesandtschaft in Washington betraut.**

— **Im Februar wird in Kizza eine Verkehrs-Konferenz zur Regelung des Eisen- und Wagenverkehrs zwischen Frankreich, Italien, Deutschland, Oesterreich und Jugoslawien stattfinden.**

— **Eine päpstliche Bulle gliedert an das apostolische Vikariat Danemark den Teil der apostolischen Präfektur Schleswig-Holstein an, der infolge der Volksabstimmung dänisch geworden ist.**

— **Die Anhänger Clemenceaus gaben ab 11. Januar eine neue Tageszeitung „L'Echo National“ heraus. Leiter des Blattes wird der Führer der Nationalisten, Tardieu.**

— **Nach einer Havasmeldung hat sich die Krim für unabhängig erklärt.**

— **Das neue albanische Zentralerziehungswesen hat den Antrag zum Vorstehen des Reichs der Volkskommissionen wiederholt und sämtliche Volkskommissionen auf ihren Voten bestätigt.**

— **Die politische Konferenz der indischen Weltöffentlichkeit hat den vollständigen Bruch mit der anglo-indischen Regierung beschlossen.**

Ungarn: Die Uebernahme Ledeburgs.

— **Am Neujahrstage erfolgte die feierliche Uebernahme Ledeburgs durch Ungarn. Anlässlich der Unterzeichnung des Uebernahmeprotokolls betonte der ungarische Bevollmächtigte, Ungarn wolle mit allen Nachbarn in guten Einvernehmen leben und alles anstreben, damit das soeben besiegte Friedenswerk mit Oesterreich auch von Dauer sei. Kein einziger Staatsbürger werde wegen seines Verhaltens bei der Volksabstimmung auch nur der geringsten Unannehmlichkeit ausgesetzt werden. — Der Detenburger Helmbreit beschloß eine Protestkundgebung gegen die Uebernahme Ledeburgs an Ungarn und erklärt darin, daß er die Volksabstimmung vom 14. Dezember 1921 niemals als zu Recht bestehend anerkennen werde, und ebenso nicht die daraus abgeleitete Vergewaltigung der Abstammungsgemeinschaft durch Ungarn.**

Amerika: Vor dem Abschluß der Abrüstungskonferenz.

— **Neuer meldet aus Washington, die Konferenz näherte sich ihrem Ende. Man erwarte, daß noch zwei Vollklausuren abgehalten werden. Die eine werde die bezüglich der Marinefrage, die andere die bezüglich des Neuen Schiffs noch unerledigten Punkte regeln. Es scheint, daß der 14. Januar, an dem Hallour und Lord Lee nach England zurückzukehren gedenken, als Datum des Schlußes der Konferenz festgehalten werde. Die Marinefachverständigen hoffen noch einige Einzelfragen zu erledigen.**

Der Schutz der Republik.

— **Berlin, 3. Januar. Der Entwurf zum Schutze der Beamten und Einrichtungen der deutschen Republik wird dem Reichsrat Mitte Januar zugehen. Der Entwurf stellt Befestigungen der Republik und Befreiungen auf Beseitigung dieser Staatsform unter Strafe und beschränkt auch die Freiheiten der Presse zum Schutze der republikanischen Staatsform.**

Calender in Oberschlesien.

— **Breslau, 3. Januar. Der schweizerische Bundesrat ist heute mittag hier eingetroffen und von Reichsminister a. D. Schäffer begrüßt worden. Beide Herren setzten gemeinsam die Reise nach Oberschlesien fort.**

Oberschlesien als Reparationspfand.

— **Dresden, 3. Januar. In Entente-Kreisen geht das Gerücht, daß Briand in Cannes die Befestigung Deutsch-Oberschlesiens als Reparationspfand fordern werde, und zwar so lange, bis Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen ist oder genügend Bürgschaften für die Zukunft gegeben hat. Jedenfalls läßt sich aus der Handhabung von Quartierfragen, aus Maßnahmen auf polizeiorganisatorischem Gebiete und aus der Regelung der Urlaubsanlagen schließen, daß die Interalliierte Kommission mit der baldigen Räumung Oberschlesiens noch nicht rechnet.**

Die ersten Besprechungen in Cannes.

— **Paris, 3. Januar. Die „Petit Parisien“ aus Cannes meldet, hat Lloyd George mehrere Unterredungen mit Sir Worthington Evans, dem englischen Kriegsminister, sowie mit Bonar Law, Sir Robert Horne und Winston Churchill gehabt.**

Rathenau auf dem Wege nach Cannes.

— **Paris, 3. Januar. Dr. Rathenau, der in London und Paris inoffiziell an den Beratungen über die Reparationsfrage teilgenommen hat, ist heute nach Cannes abgereist. Da Deutschland offiziell keine Einladung zu dieser Konferenz erhalten hat, ist Rathenau, der in seiner Eigenschaft als inoffizieller Vertreter Deutschlands von einer der beiden großen Entente-Mächten zur Teilnahme aufgefordert wurde, vorläufig auch hier nicht an den Verhandlungen selbst beteiligt, sondern wird nur zu Auskünften herangezogen werden.**

Keine Sühne für den Moskauer Gesandtenmord.

— **Berlin, 3. Januar. In der Moskauer „Pravda“ erklärt Nadel, eine Sühne für die Ermordung des Grafen Mirbach sei für die Sowjetregierung indiskutabel und somit für sie erledigt. Es fragt sich nun, ob auch die deutsche Regierung die Ermordung ihres Gesandten als eine erledigte Frage zu betrachten geneigt ist.**

Sebenico vor dem Völkerbund?

— **Paris, 3. Januar. „Petit Parisien“ dementiert die Belgrader Meldung, wonach der Oberste Rat mit dem Zwischenfall von Sebenico befaßt werden solle. Das Blatt glaubt vielmehr zu wissen, daß die Angelegenheit dem Völkerbund unterbreitet werden soll.**

Englische Neuwahlen im Februar.

— **London, 3. Januar. Die Neuwahlen zum Unterhaus werden voraussichtlich im Februar stattfinden. Lloyd George wird angeblich bei seiner Rückkehr aus Cannes, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dem König raten, das Parlament vor dem 30. Januar, an dem die Kammern einberufen werden sollten, aufzulösen. Lloyd George wird gleichzeitig die Bildung einer neuen nationalen Partei anknüpfen.**

Eine französisch-polnische Bank in Oberschlesien.

— **Kattowitz, 3. Januar. Nach einer Meldung aus Warschau steht die Gründung einer polnisch-französischen Bank für Polnisch-Oberschlesien bevor. Für das Unternehmen wird ein Kapital von 200 Millionen deutscher Mark aufgebracht, das zur Hälfte in französischem Besitz bleibt, die andere Hälfte übernimmt Polen. Die Mittel hierfür werden durch eine private französische Anleihe gegeben.**

Aus Stadt und Land.

— **Einrichtung zweier Mörder. Im Waldshuter Amtsgerichtsgebäude in Baden wurden die beiden**

Mordmörder Reutter und Obersting hingerichtet, die seinerzeit gemeinsam den Bankbeamten Grünwald am Trilberger Wasserfall ermordet hatten. Einen zweiten Mord hatten sie in der württembergischen Gemeinde Münsingen, einen dritten in der oberbadischen Gemeinde Brunnadern begangen.

— **Vom Sohne erschlagen. In Dortmund wurde der Arbeiter Franz Lewandowski von seinem Sohne erschlagen, weil er von ihm unter Drohungen verlangte, einen Optionsantrag für Polen zu unterschreiben.**

— **Ein geisteskranker Messerstecher trieb in Berlin auf offener Straße sein Unwesen. Mit einem Dolche stach er nach allen Passanten, die ihm begegneten. Eine Verkäuferin erhielt einen schweren Stich in den Kopf. Ein Schuppolizei-Unterwachtmeister Rosengart, der den Täter zu entwaffnen versuchte, wurde von dem Rasenden durch einen Stich ins Herz so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Erst nachdem ein anderer Beamter den Täter durch einen Bauchschuß unschädlich gemacht hatte, gelang dessen Festnahme. Es handelt sich um einen 43 Jahre alten Arbeiter Wech, der als Polizeigefangener der Charite zugeführt wurde, wo er schwer verletzt liegt. Bei der Einlieferung in die Rettungswache erklärte er: „Ich komme alle dran. Ich habe schon öfter solche Sachen gemacht.“ Da er keinen Ueberfall auf die ahnungslos des Weges kommende Verkäuferin ohne jeden Grund vollführte, nimmt man an, daß er geisteskrank ist.**

— **Patentdiebstahl bei Krupp. In Essen wurde der Firma Friedr. Krupp u. Co. eine Reihe wertvoller Patente und Fabrikgeheimnisse von einem Angestellten entwendet, der sie an eine ausländische Firma verkaufen wollte. Die Firma Krupp, die dies in Erfahrung gebracht hatte, ließ durch einen Kriminalbeamten Verhandlungen mit dem Diebe und seinen Helfershelfern einleiten und kam dadurch wieder in den Besitz der gestohlenen Dokumente, während der Missetäter und seine Helfer verhaftet werden konnten.**

Kleine Nachrichten.

— **Der Magistrat von Zwinnemünde veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach die Seebäder mit dem Seebäderfest ein schließlich aller Unterbauten auf Abbruch verkauft werden soll.**

— **Abzug der Amerikaner aus dem Rheinland. Aus Koblenz traten 934 Mann und 8 Offiziere die Heimreise an; eine der stärksten Abteilungen, die bisher Deutschland verließ. Bisher gingen ab: am 26. November etwa 500 Mann und am 3. Dezember 850 Mann.**

— **Der Ausverkauf Deutschlands. Fünf Schweizer, die einen für 210 000 Mark in Frankfurt a. M. gekauften Kraftwagen unter Umgehung der Ausfuhrabgabe über die Schweizer Grenze schaffen wollten, wurden in Freiburg (Baden) von der Polizei festgenommen, als sie in einem Gasthof beim Schlemmermahl saßen. Alle fünf waren von Kopf bis zu Fuß neu bekleidet. Sie trugen feinste Pelzmäntel und führten teure Ledertaschen mit sich. Auch trugen sie goldene Ringe und andere Wertgegenstände in den Taschen und anderswo versteckt. Der „Aermste“ dieser Leute hatte noch 36 000 Mark in der Brieftasche. Kraftwagen und Kostbarkeiten wurden beschlagnahmt, die Käufer selbst gegen Hinterlegung einer großen Sicherheitssumme entlassen.**

— **Die Bluttat in Dinkelsbühl. Zu dem in der Silbesternnacht in dem mittelfränkischen Städtchen Dinkelsbühl von mehreren jungen Burschen verübten Bombenattentat wird noch gemeldet, daß der Anschlag den Sicherheitsorganen der Stadt galt. Als Täter wurden neun Burschen aus Arbeiterkreisen im Alter von 17 bis 23 Jahren verhaftet. Sie gaben als Grund an, einen Racheakt gegen die Polizei ausführen zu wollen; denn am gleichen Nachmittage war einer ihrer Kollegen wegen eines anderen Deliktes in das Gefängnis eingeliefert worden. Die Attentäter hatten in der Art der ersten Handgranate im Felde, doch in größerem Umfange als eine Pflanzmaschine, ein Wurfgeschloß konstruiert, das mit Dynamit, Drahtstücken, Schrot und Kugeln gefüllt war und mit einem elektrischen Leitungsdraht zur Explosion gebracht wurde. Die Wirkung war furchtbar. Von den verletzten harmlosen Passanten, deren Zahl sich über 50 beläuft, ist die Hälfte tödlich bzw. schwer verletzt. Einzelne Personen waren buchstäblich mit Teilen des Explosionskörpers gespickt. Amputationen sind erforderlich.**

— **350 Schafe erstickt. Auf dem ehemaligen Krongut Bornim bei Potsdam brach ein großes Schadenfeuer aus. Der Schaffall brannte vollständig nieder und 350 wertvolle Schafe fanden den Erstickungstod. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen. — Die großen Färbereien des Krongutes Bornstedt bei Potsdam sind jetzt aufgeteilt und das Schloß, das zuletzt von der Prinzessin Feodora bewohnt war, ist zum Bierfamilienwohnhaus umgewandelt worden. Das Schloß Lindstedt bei Potsdam hat der frühere Heerführer v. Falkenbain bezogen.**

— **Wintergewitter in Nordwestdeutschland. Nach wochenlangen Stürmen, die Nordwestdeutschland heimsuchten, ist eine neue abnorme Witterungsercheinung aufgetreten. Es entlud sich nämlich ein sogenanntes Nebengewitter über Hamburg. Die stark an Explosionen erinnernden Donnererschläge waren von heftigem Hagelschlag begleitet und brachten einen wesentlichen Temperatursturz mit sich. Das Gewitter ist als Folge der mit außerordentlicher Stärke erfolgten Mischvorgänge der verschiedenen temperierten Luftmassen zu betrachten. Auch aus Grefrath wird ein starkes Wintergewitter gemeldet. Dabei schlug der Blitz in den Turm der Nikolaikirche und zündete. Das Feuer konnte jedoch gelöscht werden, ohne größeren Schaden anzurichten.**

— **Der Streit auf der Zeche „Mont Genis“ in beendet. Ein großer Teil der Belegschaft ist nur gewungen in den Ausstand, der sowohl von den Vertretern des alten, wie des christlichen Bergarbeiterverbandes verurteilt worden war, getreten. Die Entlassung der beiden Betriebsratsmitglieder, die den Anlaß zum Streit gegeben hatten, bleibt bestehen, doch verpflichtet sich die Verwaltung, für ihre Einstellung in den Baubetrieb zu sorgen.**

Schloß Damerow.

Die Familienromane von Erich Knapp.
(26. Fortsetzung.)

Marta, denn diese war es, sah ihn entgeistert von der Seite an. „Sie, der Bruder?“ Jetzt war die Ueberraschung auf ihrer Seite. „Dann muß man mich belogen haben, fuhr sie fort, denn von vier Kindern des Barons v. Hagen hat man mir nie etwas gesagt, sondern nur von dreien.“

„Das trifft auch zu. Der dritte Sohn bin ich: Egon!“

„Egon?!“ schrie sie auf und erblickte. Ein Rittmännchen überließ ihren Körper. Ihre Augen vergrößerten sich. „Lamit Sie nicht Rätsel zu raten brauchen,“ nahm Egon wieder das Wort, „will ich Ihnen gleich die Aufklärung geben. Es liegt eine Verwechslung vor. Diese Verwechslung ist gestern durch den Untersuchungsrichter festgestellt worden. Voraussichtlich wird schon in den nächsten Tagen eine neue Untersuchungskommission auf dem Schlosse zusammentreten und die Leiche, die in unserem Erbgräbnis beigesetzt ist, wieder daraus entfernen.“

Marta Mirbach hatte mit großem Interesse den Worten Egons gelauscht. Sie wechselte die Farbe vor Aufregung über diese ungeheuerliche Neuigkeit. Gleichzeitig aber veränderte sich der schöne Fremdling, über dessen Vorleben sie nur geringe Kenntnis besaß, in ihren Augen zu einem Helden, der nach Ueberwindung von Schwierigkeiten aller Art siegreich heimgekehrt war in den Schoß seiner Familie.

„Helmuth mit Ilse und Papa sitzen in der Rosenlaube. Dort können Sie gleich Ihre Reverenz machen,“ sagte sie mit zitteriger Stimme und glühendem Kopf.

„Ihr Papa? Wer ist das?“

„Mirbach von Neuhof. Ich heiße Marta.“

„Da müssen Sie mir aber, als Ihrem neuen Verwandten zunächst einmal Ihre kleine Hand geben, Fräulein Marta.“

Sie reichte ihm die Hand hin und sah mit ihrer gelben Nase bewundernd zu ihm auf. Er lächelte amüßlich.

Marta war entzückt von diesem sonderbaren „süßsauren“ Mädchen, das sie himmlisch fand und von dem sie mit Herzklopfen bekennen mußte, daß es ihn „reizend“ reizete.

Egon traf im Hauptwege mit seinem Stiefbruder Helmuth zusammen, der durch die vorausgehende Schwägerin von dem unglaublichen Ereignis bereits oberflächlich Kenntnis erhalten hatte und seinem Bruder eine Strenge entgegengegangen war. Die Begrüßung gestaltete sich zwischen beiden verhältnismäßig herzlich. In flüchtiger Hast wurden alle wichtigen Ereignisse, namentlich die Differenzen Helmuths mit dem Vater und die Umquartierung nach Grünheide, durch-

gesprochen. Dann hatten sie die Baude wieder erreicht. Helmuth stellte Egon seiner Frau vor. Der Schwieger-vater war diesem aus der früheren Zeit bekannt. Die Herren drückten sich die Hände.

Erst am Nachmittag fuhr er dann nach Grünheide. Aber auch hier war die Kunde von der Existenz Egons und von der bei der Leichenschau in Weissenstein vorgenommenen Verwechslung durch einen von Helmuth an Kohlräusch mittels besonderer Boten überlieferten Brief bereits angelangt.

Agnès, die bei der unglaublichen Kunde vor Schreck den Keller fallen gelassen hatte, den sie in der Hand gehalten, beeilte sich, ihren Vater für Egon günstig zu stimmen, was aber völlig unnötig war.

Gramgebeugt, mit weißem Haar, von milden, ver-söhnlichen Regungen übermannt, trat der Baron an die geschlossene Kutsche heran, die von Schloß Damerow herbeigekommen war.

Als Egon ausstieg, schloß er ihn weinend in seine Arme. Worte wurden nicht gewechselt.

Eine zweite Gestalt schob sich jetzt aus dem Wagen-innern heraus: Helmuth, der von Egon aufgefordert worden war, sich ebenfalls mit dem Vater wieder auszu-söhnen.

Eine Hand streckte sich dem alten Baron entgegen. „Vater, schlag ein, laß uns alles Vergangene ver-gessen,“ sagte Helmuth weich.

Und das Unerwartete geschah. Zum erstenmal in seinem Leben wurde Helmuth an die väterliche Brust gezogen und geküßt.

Es war ein rührendes ergreifendes Bild! Die ganze Familie war in Tränen aufgelöst. Auch Kohlräusch wandte sich ab und hantierte verdächtig mit dem Taschentuch.

Die Ausöhnung war vollständig. Helmuth und Egon strahlten vor Seligkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Der Stand der Wark. Es folgten nach den amt-lichen Notierungen der Berliner Börse am

	3. 1.	2. 1.	1914
100 holländische Gulden	6868	6868	107, - M.
100 belgische Franken	1451	1443	80, - "
100 dänische Kronen	3776	3781	112, - "
100 schwedische Kronen	4695	4695	112, - "
100 italienische Lire	804	814	80, - "
1 englisches Pfund	791	789	20, - "
1 Dollar	187	186	4,20 "
100 französische Franken	1613	1508	80, - "
100 Schweizerische Franken	3651	3633	80, - "
100 tschechische Kronen	284	276	- "

Gedenktage zum 5. Januar.

1589 † Katharina von Medici, Königin von Frank-reich, in Blois (* 1519) — 1846 † Der Philosoph Rudolf Eucken in Marich — 1858 † Feldmarschall Joseph Wenzel Graf Radetzky in Mailand (* 1766) — † Der Schriftsteller Gustaf af Geijerstam in Westmanland (* 1909) — 1916 † Der Anthropologe Hermann Kraatz in Breslau (* 1863).

Letzte Nachrichten

Einbruch in die Königsgruft in Stuttgart.
Stuttgart. In der Nacht zum 2. Januar wurde in die Königsgruft eingebrochen und ein auf dem Sarkophag des Königs Wilhelm niedergelegter Lorbeerkranz, ein Geschenk eines österreichischen Regiments vom Jahre 1914, entwendet. Die Einbrecher haben die starken Eisengitter an dem in die Gruft führenden Lichtschacht zertrümmert, sodass sie in das Innere der Kapelle bezw. in die Gruft gelangen konnten. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

England verstärkt die Luftstreitkräfte.
Basel, 3. Januar. Die Daily News melden: Das britische Militärbudget sieht für 1922 den Bau von 12 Groß-kampfflugzeugen für die Armee und Marine sowie von 600 Militärlugzeugen der neuesten Systeme vor.

Verstärkte Anwerbung Deutscher für die französische Fremdenlegion.
Die im besetzten Gebiet von den Franzosen eingerichteten Werbestellen für die Fremdenlegion haben in letzter Zeit ihre Anstrengung, ehemalige deutsche Soldaten zu gewinnen, verdoppelt, nachdem vom französischen Kriegsministerium eine dementsprechende Anweisung ergangen ist. Es heißt, daß die Zahl der französischen Fremdenlegionäre von 25 000 auf 50 000 Mann erhöht werden soll.

Kirchen-Nachrichten.

- Bretlan den 6. Januar — Epiphantas —
Text: Jeremia 60, 1-6. Lied 71.
Kollekte für die Feldmission.
- Dippoldiswalde, 8 Uhr Besichtig und heiliges Abendmahl in der Sakristei: P. Mojen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. 11 Uhr Missionsandergottesdienst (1. Abtg.) in der Kirche: Pastor Mojen.
 - Johannesbad, 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 - Jennersdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.
 - Schönfeld, 9 Uhr Besichtiggottesdienst.
 - Reichstädt, 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 - Krippendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Kinder-gottesdienst.
 - Schleibitz, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Missions-andergottesdienst.
 - Schmiedeburg, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Pfleger.
 - Ripsdorf, 3 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Gilbert-Schellerbau.
 - Schellerbau, 9 Uhr Predigtgottesdienst. (Kirche geheizt.) Abends 8 Uhr kirchlicher Familienabend im oberen Gasthause.

Saubere Visitenkarten liefert Buchdruckerei G. Schue

Fleisch, Wurst und Rauchfleisch
empfehlen
Rohschlächtere Paul Vieber.

Hafer kauft

zum höchsten Tagespreis
Louis Schmidt, Dippoldiswalde.
kauft
Hafer und Heu m. Walther

Rind-Häute

Welle

sowie Schafwolle
kauft zu den allerhöchsten Tages-preisen
Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.
Nach werden sämtliche Welle zu Pelzen, Bettvorlagen, Decken usw. zugeschnitten.

13 000 Mark
1. Hypothek auf Hausgrundstück.
Ang. u. Hypothek a. d. wirtsch. u. s. w.
Möbl. Zimmer
in Schmiedeburg oder Umgegend
für sofortige Verpachtung
an Frau Ida Wölke,
Schmiedeburg Bez. Dresden.

Die beste Haarur
ist doch mit dem besten
Nerv-Bay-Rum
Behaltet Haar ausfall. Stärkt die
Kapillaren. Zu hab. b. G. Sch. u.
Parfümerie, Markt.

Ein Paar neue
Damen-schuhe
Größe 3, zu verkaufen.
Altenberger Straße 182.

Dreschmaschinen-Oel
sowie sämtliche
Motoren-, Maschinens-Oel usw.
wie auch alle anderen einschlägigen
Werkstoffe empfiehlt L. befannter Güte
Hermann Lommach,
Drogerie zum Giesanten,
Dippoldiswalde

Schlacht-pferde
kauft
Herrn. Schaefer, Rohschlächtere,
Dippoldiswalde, Markt 28,
Telephon 80.
Bei Rotfleischung sofort zum
Kauf. Rohschlächtere vorhanden.
Visitenkarten G. Jehne

Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis

bei Fernsprecher Dippoldiswalde, Schmiedeburg-Ripsdorf, und Bauentzeln.
Preis 3.- M.
Zu haben:
in Dippoldiswalde beim Verleger, Buchdruckerei Carl Jehne,
in Schmiedeburg: Buchdruckerei und Buchbinderei Rätzner,
in Ripsdorf: Drogerie Paul Haller,
in Altenberg: Buchbindereimeister Schölze,
in Giesing: Buchbindereimeister Herrschel,
in Bauentzeln: Max Koppstadt
Nach die Zeitungsträger der „Weißeritz-Zeitung“
nehmen Bestellungen an.

Stern-Lichtspiele. Donnerstag 1/9 Uhr Donnerstag
Stur 1 gr. Vorstellung.
Das prächtige, bisher mit größtem Erfolge aufgeführte Weisler-
Sternspiel
„Paolo de Caspado“ oder: „Die Rache der
Zigeunerhölle.“
Drama in 6 Akten.
Herzliche Szenarien. Herzliche Szenarien.
Ferner ein amüßantes Lustspiel
Größter Lacherfolg! Größter Lacherfolg!
Nur mit größter Mühe ist es mir gelungen diesen hervorragenden
Epieler für unsere Stadt zu gewinnen.

Deutscher Offizier-Bund
Ortsgruppe Dippoldiswalde.
Mittwoch den 11. Januar 1922 7³⁰ abends im Saale der
Reichskrone zu Dippoldiswalde
öffentlicher Vortrag
des Herrn Generalsekretärs a. D. Wahle über
„Ostafrika im Weltkriege“
General Wahle befehligte im Weltkriege in Ostafrika die deutschen
Wehrtruppen, während Letztens-Vordräng die Osttruppen führte, bis
schließlich die Vereinigung beider Truppen Ende 1917 erfolgte und
sie gemeinsam weiter nach Süden auswichen. — General Wahle
wird an Hand von Karten seine interessanten Kriegserlebnisse schildern.
Eintritt 3,75 M. eininkl. Steuer für Nichtmitglieder, 2,60 M. eininkl.
Steuer für Mitglieder des D. O. B., sowie für Schüler und
Schülerinnen. — Der Reingewinn fließt ausschließlich der Kriegs-
hinterbliebenenfürsorge zu. — Karten im Vorverkauf bei Herrn
Rätzner, Markt, und Rothe, Reichsplatz, und an der Abendkasse.

Krankenversicherungsbund
für Reichstädt und Umgegend
(Zusatzkarte)
Sonntag den 12. Februar 1922 nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung
im Herrschaftlichen G. S. Haus hier.
Tagesordnung:
1. Vorlegung der Einnahme und Ausgabe aufs Jahr 1921.
2. Wahl der nach Statut auscheidenden Vorstandsmitglieder.
3. Wahl der Revisoren.
4. Abänderung der §§ 14 und 17 des Statuts.
5. Erlaubnis etwaiger Anträge von Mitgliedern.
6. Aufnahme neuer Mitglieder.
7. Einnahme der Mitgliedssteuer.
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Fahrräder
werden wie neu verwickelt und emilliert. Rahmenbrüche, sowie
sämtliche Reparaturen führt schnellstens und sachmännlich aus.
Mechanische Werkstatt und Email-er-Anstalt.
Karl Beyer, Altenberger Straße 185.

Zurnverein Dippoldiswalde

Sonntag den 8. Januar abends 7 Uhr im Saale der Reichskrone
Weihnachts-Vergnügen.
Aufführung von „Im Grenzortshaus“, weihnachtliches Heimatspiel
in 3 Bildern mit Gesang.
Ball — Tombola
Alle unsere alt- und jungen Vereinsmitglieder und deren
Angehörige sind hierzu herzlich eingeladen. Gäste, durch Mitglieder
eingeladit, sind herzlich willkommen. Besondere Einladungen er-
folgen nicht.
Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen
Der Zurnrat.
Freiwillige haben für die Tombola bitten wir baldmöglichst
bei Herrn Kaufmann Reich Zimmermann, Bahnhofstraße oder
Herrn Kaufmann Wächner, Reichsplatz abgeben zu wollen.
Jugendverein „Einigkeit“ Niederfraundorf
Sonntag den 8. Januar 3 Uhr Generalversammlung. D. B.

Nachruf.

Am 30. Dezember 1921 (verschied im
72. Lebensjahre
Herr Gemeindevorstand a. D.
Friedrich Hermann Menzer
Mehr als 40 Jahre lang hat er seine ganze
Kraft in seltener Opferfreudigkeit und Treue in
den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Er be-
kleidete im Laufe von über 4 Jahrzehnten ver-
schiedene Ehrenämter als Gemeindevorstand und
Kirchenvorstandsmittelglied, Orts- und Frieden-
richter. Zuletzt stand er der Gemeinde und
Schule 28 Jahre lang als Gemeindevorstand
und Schulpflichtvorsitzender und seit der
Begründung des Stadtschulrates im Jahre 1912
auch diesem vor. Es würde nicht in seinem
Sinn liegen, wenn wir alle seine besonderen
Verdienste um die Wohlfahrt und Ent-
wicklung in Gemeinde, Schule und Kirche
an dieser Stelle im Einzelnen hervorheben
würden. Wir ruhen ihm hiermit ein letztes
„Habe Dank“ in die Ewigkeit nach.
Sein Andenken wird von uns und in der
gesamten Gemeinde allezeit hoch in Ehren
gehalten werden.
Großbolsa, am 2. Januar 1922.
Der Gemeinderat,
Schul- und Kirchenvorstand.